

Freiburg rechnet mit Sicherheitskosten von 2,9 Millionen Franken

Finden die Olympischen Winterspiele 2026 in der Schweiz statt, fallen in den Austragungskantonen auch Sicherheitskosten an. Im Kanton Freiburg rechnet man mit Kosten von rund 2,9 Millionen Franken.



Das Eishockey-Stadion St. Léonard, wo die Eishockey-Spiele ausgetragen würden.

Bild: Fribourg Tourisme / swiss-image.ch / Alfredo Croci

Der Kanton Freiburg rechnet im Falle einer Austragung der Olympischen Winterspiele 2026 mit Sicherheitskosten von etwa 2,9 Millionen Franken. Die Kosten könnten aber steigen, wenn sich Freiburg an den Sicherheitskosten anderer Kantone beteiligen muss. Das sagte Staatsrat Jean-Pierre Siggan am Dienstag in einem Artikel der Westschweizer Zeitung «La Liberté». Siggan hält es im Prinzip für möglich, dass die Organisatoren der Spiele den Kanton Freiburg auffordern könnten, seine Solidarität mit anderen Kantonen unter Beweis zu stellen, wenn es um die Bezahlung der Sicherheitskosten geht. «Diese Frage ist offen», wie Siggan ausführte. Verstärkung durch ausserkantonale Polizeikräfte brauche Freiburg aber nicht, betonte der CVP-Staatsrat. «Die Freiburger Kantonspolizei hat uns bestätigt, dass sie alleine für die Sicherheit sorgen kann».

Auch in die Infrastruktur muss der Kanton laut Siggan nicht investieren. Bis im Jahr 2026 sei die Eissporthalle Saint-Léonard renoviert und entspreche olympischen Standards. Aktuell beteiligt sich der Kanton Freiburg mit einer halben Million Franken an der Finanzierung der Olympiakandidatur. An der Kandidatur «Sion 2026» sind mehrere Kantone beteiligt, darunter Wallis, Bern und Freiburg. In den beiden letzteren Städten sollen die Eishockey-Wettbewerbe ausgetragen werden.

In Bern herrscht Unklarheit über Höhe der Sicherheitskosten

Der Final soll in Bern stattfinden. Die beiden Orte müssen die übrigen Spiele der Finalrunde aufteilen. «Wir werden mindestens ein Halbfinale haben», sagte Siggan. Eine Volksabstimmung zum Thema findet Siggan eigentlich unnötig. Der Kredit soll aber dennoch dem Grossen Rat unterbreitet werden. Damit könne eine Debatte geführt und offene Fragen beantwortet werden. «Tun wir das nicht, kommt eine Lawine von parlamentarischen Vorstössen auf uns zu», befürchtete der Staatsrat. Im Nachbarkanton Bern rechnete man ursprünglich mit Sicherheitskosten von rund 10 Millionen Franken. Anfang Mai liess Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann (SP) im «Regionaljournal» von Schweizer Radio SRF durchblicken, dass es teurer werden könnte. Um wie viel, liess er hingegen offen.

Die «Sonntagszeitung» berichtete jüngst, dass laut neusten Zahlen die Sicherheitskosten im Kanton Bern zwischen 20 und 30 Millionen Franken betragen sollen. Protagonisten der Olympia-Kandidatur wollten zudem verhindern, dass die neuen Berner Berechnungen die bevorstehende Abstimmung im Kanton Wallis negativ beeinflussen. [Der Kanton Bern wies die Vorwürfe vehement zurück und reichte Strafanzeige ein. \(https://www.htr.ch/politik/berner-regierung-reagiert-mit-straftanzeige-auf-olympia-bericht--47929.html\)](https://www.htr.ch/politik/berner-regierung-reagiert-mit-straftanzeige-auf-olympia-bericht--47929.html) Er will wissen, wer die «Sonntagszeitung» mit Informationen über ein vertrauliches Gespräch mit den Berner Ständeräten Hans Stöckli (SP) und Werner Luginbühl (BDP) versorgt hat.

sda/og

Publiziert am Dienstag, 29. Mai 2018